

Dauerhafte Beflaggung vor Schulgebäuden

Drucksache 18/19020 · eingebracht 2026-04-28 – Antragsteller: AfD

Bildung

Demokratie

Vielfalt

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert eine verbindliche, tägliche Beflaggung aller Schulen mit der Bundesflagge und verbietet gleichzeitig das Hiszen nichtstaatlicher Symbole wie Regenbogen- oder Ukraine-Flaggen.

KERNFORDERUNGEN

- Konsequente Umsetzung der bestehenden Flaggenordnung
- Tägliche Beflaggung mit Bundesflagge
- Unterbindung von 'Fantasieflaggen' und fremden Hoheitszeichen
- Instandsetzung von Flaggenmasten

BEWERTUNG

2.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Ablehnen

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er untergräbt Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5), indem er einseitige, top-down verordnete Symbolpolitik ohne Bürgerbeteiligung fordert. Er verletzt Menschenwürde (Wert 1) durch symbolische Ausgrenzung von Minderheiten (Regenbogenflagge als 'Fantasieflagge', ukrainische Flagge als 'fremd'). Er behindert Solidarität (Wert 2) und soziale Gerechtigkeit (Wert 4), indem er staatliche Symbole zur Instrumentalisierung einer homogenen Identität nutzt – entgegen dem Gemeinwohlprinzip der Vielfalt und Anerkennung. Ökologische Nachhaltigkeit bleibt unberührt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Benennung der bestehenden Rechtsgrundlage
- Hinweis auf Infrastrukturdefizite (Flaggenmasten)

Schwächen

- Instrumentalisierung von Symbolik zur Ausgrenzung
- Fehlende pädagogische Perspektive
- Ignoranz gegenüber demokratischer Mitbestimmung

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	--	--	•	•	--
E · GESELLSCHAFT & NATUR	-	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde in der Schule Bewertung: -5

Symbolische Ausgrenzung von LGBTQIA+ und Geflüchteten durch Abwertung ihrer Symbole als 'Fantasie' oder 'fremd'

D2 Solidarität mit Schülern und Gesellschaft Bewertung: -4

Ersetzung inklusiver Symbole durch einheitliche Staatsflagge unter Verweis auf 'Zerreißprobe' – diskriminierende Zuschreibung sozialer Spaltung

D5 Transparenz & Mitbestimmung in Schulen Bewertung: -4

Keine Beteiligung von Schüler:innen, Lehrkräften oder Eltern bei Flaggenentscheidungen; reine Verordnung von oben

E1 Menschenwürde über die Grenzen hinaus Bewertung: -3

Abwertung der ukrainischen Flagge als 'fremd' trotz offizieller Solidarität mit Kriegsflüchtlingen

CDU

WAHLPROGRAMM

5/10

Die CDU betont Sicherheit, Ordnung und Staatsverantwortung, aber auch Weltoffenheit und Toleranz. Der Antrag widerspricht ihrer Position zur Religionsfreiheit ([Q19]) und ihrem Bekenntnis zu Vielfalt ([Q11], [Q18]). Sie lehnt Islamfeindlichkeit ab, was eine pauschale Abwertung nichtstaatlicher Symbole impliziert. Keine direkte Übereinstimmung mit Wahlprogramm-Kernzielen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont einen 'weltoffenen Patriotismus' ([Q20]) und lehnt Fremdenfeindlichkeit ab ([Q18]). Der Antrag jedoch instrumentalisiert Flaggen zur Abgrenzung und Relativierung anderer Identitäten — im Widerspruch zum christlich-demokratischen Menschenbild. Keine passenden Zitate aus den bereitgestellten Chunks.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht fundamental den SPD-Kernwerten: Chancengleichheit, Inklusion, Antidiskriminierung und soziale Gerechtigkeit. Die SPD setzt auf Bildung als Schlüssel für Teilhabe — nicht auf symbolische Homogenisierung. Keine Übereinstimmung mit Wahlprogramm-Zielen wie 'Gemeinsames Lernen' oder 'Kinderarmut bekämpfen'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Hamburger Programm verankert Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte. Der Antrag untergräbt diese durch autoritäre Symbolpolitik und Ausgrenzung. Keine passenden Zitate aus den bereitgestellten Chunks.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag steht im eklatanten Widerspruch zum grünen Wahlprogramm: Grüne befürworten explizit die Anerkennung islamischer Gemeinschaften ([Q21]), schützen Religionsfreiheit ([Q23]) und setzen auf Demokratiebildung durch Partizipation ([Q22]). Das Verbot von Regenbogen- und Ukraine-Flaggen widerspricht ihrer Haltung zu Vielfalt, Frieden und internationaler Solidarität ([Q26], [Q27]).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit als untrennbare Säulen. Der Antrag untergräbt Demokratie durch Zwangsflaggung und Gerechtigkeit durch Diskriminierung von Minderheiten. Keine passenden Zitate aus den bereitgestellten Chunks.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

3/10

Die FDP betont Eigenverantwortung, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit. Der Antrag verletzt das Recht auf freie Meinungsäußerung und symbolische Selbstbestimmung. Ihre Position zur 'Gegen Bevormundung' ([Q2022]) und zum Datenschutz spricht klar gegen top-down-Symbolverordnung. Keine Übereinstimmung mit Kernzielen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 stellt individuelle Freiheit als höchsten Wert dar. Der Antrag ist ein Akt der symbolischen Bevormundung — im Widerspruch zu 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung'. Keine passenden Zitate aus den bereitgestellten Chunks.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt exakt die AfD-Kernpositionen wider: Betonung nationaler Identität, Ablehnung von 'Multikulturalismus', Kritik an 'Islamisierung' und 'Gender-Ideologie'. Die Abwertung der Regenbogenflagge als 'Fantasieflagge' korrespondiert mit der Ablehnung von 'Gendersprache' ([Q5]) und der Forderung nach einer 'professionellen Lernatmosphäre' ([Q7]).

„Sie soll außerdem eine professionelle Lernatmosphäre vermitteln, was durch freizügige, provozierende oder sonstwie unangemessene Kleidung gestört werden kann.“

AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 13

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 fordert 'Leistungsbereitschaft und Disziplin' ([Q7]) und lehnt 'islamtheologische Lehrstühle' sowie 'Minarett und Muezzinruf' ab ([Q6]). Der Antrag folgt diesem Muster: Staatliche Symbole als Disziplinierungsinstrument, Nichtstaatliche Symbole als 'Relativierung' abgetan. Die Logik der 'nationalen Ordnung' steht im Zentrum.

„Leistungsbereitschaft und Disziplin sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Wissensvermittlung.“

AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 54

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: das Hissen nichthoheitlicher oder Fantasieflaggen an öffentlichen Schulgebäuden unterbleibt.

das Hissen ****nichthoheitlicher Flaggen nur dann untersagt, wenn sie gegen geltendes Recht, antidiskriminierende Gesetze oder das Grundgesetz verstoßen****; stattdessen ****fordern wir eine landesweite Schulbeflaggungsrichtlinie, die gemeinsam mit Schüler:innen, Lehrkräften und Eltern entwickelt wird****

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (C5) und Menschenwürde (D1) durch partizipative Gestaltung statt Autoritarismus

Vorschlag 2 von 3

Original: die Beflaggung mit der Bundesflagge darüber hinaus möglichst täglich erfolgt

die Beflaggung mit der Bundesflagge ****an allen gesetzlich festgelegten Tagen sowie an historisch bedeutsamen Tagen der Demokratiegeschichte (z. B. Tag der Deutschen Einheit, Europatag, Tag der Menschenrechte)**** erfolgt

Begründung: Verknüpft nationale Symbolik mit demokratischen Werten statt mit nationalistischer Homogenisierung — stärkt Solidarität (D2) und Transparenz (C5)

Vorschlag 3 von 3

Original: vor vielen Schulgebäuden wird eigenmächtig, uneinheitlich und teils falsch beflaggt, was gegen geltendes Gesetz und die Beflaggungsordnung verstößt.

vor vielen Schulgebäuden findet eine ****vielfältige, pädagogisch begleitete und partizipativ entschiedene Beflaggung**** statt, die ****Vielfalt, Solidarität und internationale Verantwortung**** sichtbar macht — etwa durch ukrainische Flaggen im Rahmen von Friedensprojekten oder Regenbogenflaggen im Kontext von Antidiskriminierungsarbeit

Begründung: Transformiert den Antrag von einem Instrument der Ausgrenzung zu einem Förderinstrument für soziale Gerechtigkeit (D4) und ökologische Nachhaltigkeit (D3) durch Bildung

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-122

Ja: AfD

Original-Antrag

Drucksache 18/19020

Dauerhafte Beflaggung vor Schulgebäuden

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

28.04.2026

Antrag

der Fraktion der AfD

Dauerhafte Beflaggung vor Schulgebäuden

I. Ausgangslage

In Nordrhein-Westfalen regeln das Gesetz über das öffentliche Flaggen vom 10. März 1953¹ sowie die darauf beruhende Beflaggungsverordnung die hoheitliche Beflaggung öffentlicher Gebäude einheitlich und verbindlich. Betroffen sind ausdrücklich die Dienststellen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der übrigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, mithin auch Schulen als Einrichtungen in kommunaler oder staatlicher Trägerschaft.

An den festgelegten Beflaggungstagen, z. B. dem 23. Mai und dem 3. Oktober, Wahltagen sowie zu weiteren in der Verordnung genannten Anlässen sind vorrangig die Bundesflagge, die Landesflagge Nordrhein-Westfalens und gegebenenfalls die Europaflagge zu hissen. Die Reihenfolge und die bevorzugte Stellung der Bundesflagge sind dabei klar vorgegeben. Zudem kann das Innenministerium weitere Termine und dazugehörige Beflaggungsvorschriften mittels Runderlasses bekanntgeben.²

In der Realität weht vor vielen Schulgebäuden in NRW jedoch zunehmend ein anderes Bild: Statt der vorgesehenen staatlichen Flaggen werden häufig keine, fremde oder Fantasieflaggen gehisst, teilweise sogar dauerhaft oder an Tagen, die nicht der offiziellen Beflaggungsordnung entsprechen. Seit dem Beginn des Ukrainekrieges werden beispielsweise regelmäßig ukrainische Flaggen gehisst, häufig vor Rathäusern; vor Schulen wehen oftmals Regenbogenflaggen. Demzufolge ist eine regelmäßige Beflaggung offenkundig umsetzbar, sie scheitert lediglich am Willen der Verantwortlichen. Solche Praktiken entstehen oft auf Initiative einzelner Schulen, ihrer Schulleiter oder kommunaler Entscheidungsträger und stehen im Widerspruch zur einheitlichen und hoheitlichen Regelung des öffentlichen Flaggens. Sie relativieren die staatlichen Hoheitszeichen und können im Falle von Bildungseinrichtungen bei Schülern den Eindruck erwecken, dass private oder partikuläre Symbole gleichwertig oder gar vorrangig gegenüber den Symbolen der Bundesrepublik und des Landes sind und dass bei den zuständigen Entscheidungsträgern, etwa dem Schulleiter, eine gewisse Mutwilligkeit besteht.

Dabei ist die Vermittlung von Gemeinschaft und Zugehörigkeit ein wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens. Seit einigen Jahren sehen sich zahlreiche Menschen in Deutschland zunehmend mit unerwarteten Belastungen konfrontiert. Diese Entwicklung wird mehr und mehr zu einer Zerreißprobe innerhalb der Bevölkerung. Denn aufgrund wachsender wirtschaftlicher,

¹ <https://recht.nrw.de/lrgv/gesetz/11102014-gesetz-ueber-das-oeffentliche-flaggen/>

² <https://www.im.nrw/themen/verwaltung/beflaggung-und-wappen/beflaggungstage>

sozialer, politischer und inzwischen wieder stärker hervortretender religiöser Gegensätze gelingt es unserer Gesellschaft immer seltener, gemeinsame Anknüpfungspunkte zu finden. Selbst im hitzig debattierten Themenfeld der Migration lässt sich argumentieren, dass z. B. für eine gelingende Integration auch ein gemeinsames Ziel und ein Status quo vermittelt werden müssen. Das positiv konnotierte öffentliche Zeigen von nationalen Symbolen kann und soll an dieser Stelle Einigkeit zeigen.

Vor diesem Hintergrund ist eine gesetzliche und verwaltungsseitige Klarstellung dringend geboten. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens muss sicherstellen, dass die bestehende Flaggenordnung konsequent an allen Schulen umgesetzt wird, die Beflaggung mit der Bundesflagge darüber hinaus möglichst täglich erfolgt und das Hissen nichthoheitlicher oder Fantasieflaggen an öffentlichen Schulgebäuden unterbleibt.

II. Der Landtag stellt fest:

- Vor vielen öffentlichen Gebäuden wird eigenmächtig, uneinheitlich und teils falsch beflaggt, was gegen geltendes Gesetz und die Beflaggungsordnung verstößt.
- Die Beflaggung mit Fantasiesymbolen oder fremdländischen Hoheitszeichen führt zur Relativierung der eigenen staatlichen Hoheitszeichen und weckt bei Betrachtern möglicherweise den Eindruck der Gleichwertigkeit sämtlicher Symbole und Flaggen.
- Das Hissen von Bundesflagge, Landesflagge oder auch der Europaflagge vermittelt ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und bildet damit ein dringend nötiges Fundament für ein gelingendes Zusammenleben.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Flaggenordnung Nordrhein-Westfalens wieder konsequent durch geeignete Maßnahmen umsetzen zu lassen, beispielsweise mittels Runderlasses über die Flaggenordnung zu informieren und das Hissen von nichtvorgesehenen Flaggen zu untersagen;
- Die Flaggenordnung Nordrhein-Westfalens um das Gebot der möglichst dauerhaften Beflaggung von Bildungseinrichtungen mit mindestens der Bundesflagge zu ergänzen;
- darüber hinaus staatliche Schulträger anzuleiten, bereits vor ergänzter Verordnungslage an Schultagen möglichst dauerhaft oder zumindest häufig für eine Beflaggung mit der Bundesflagge zu sorgen;
- bestehende Flaggenmasten ggf. instand zu setzen und vor Vandalismus zu schützen.

Dr. Christian Blex
Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion